

ROTE ANNELIESE

René Imoberdorf: Viel Geld für wenig Sitzungen › 3

Zermatter Gipfel: Kapital und Kirche rüsten auf › 7

Viola Amherd: Kein Verlass auf die CVP-Fraktion › 11

Electra-Massa AG:

Bodenmann attackiert Escher



SEITE › 4

CVP-Nationalrat Roux:

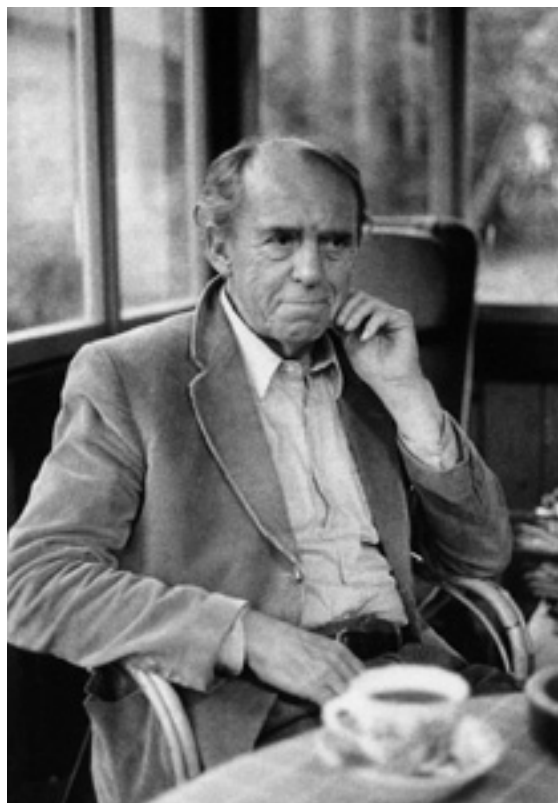
Heisser Draht ins Steuerparadies Bahamas

SEITE › 6

Polizei-Posten Visp:

Kantonspolizist in zivil würgt einen 17-Jährigen

SEITE › 8



Heinrich Böll: Soziale Tabus brechen

SEITE › 12

EDITORIAL

Walliser Polizei muss lernen:

Jugendliche sind Menschen und keine Feinde!

In der letzten Ausgabe berichtete die RA über einen Oberwalliser Jugendlichen, dem ein Polizist der Gemeindepolizei Zermatt einen Faustschlag ins Gesicht versetzte. Darauf wurden der RA weitere ähnliche Fälle gemeldet, welche zeigen, dass die Walliser Polizei im Umgang mit den Jugendlichen ein Problem hat. Die Walliser Polizei hat die Aufgabe, fehlbare Jugendliche anzuhalten und der gerechten Bestrafung durch die Justiz zuzuführen. Aber dabei hat sie sich korrekt zu verhalten. Auch fehlbare Jugendliche sind Menschen und keine Feinde!

In der vorliegenden RA ist von einem besonders krassen Fall die Rede. Ein Oberwalliser Jugendlicher (ohne Migrationshintergrund) wurde dabei von einem Kantonspolizisten in zivil vor den Augen von fünf Polizisten auf dem Polizeiposten der Gendarmerie in Visp am Hals gewürgt, so dass der Hausarzt anschliessend deutliche Würgemale feststellte. Als der Jugendliche zusammen mit seinem Vater eine Strafklage gegen den Polizisten einreichte, stellte sich der kantonale Untersuchungsrichter vor den Polizisten und wollte zunächst die Untersuchung mit fadenscheinigen Argumenten einstellen.

Faustschläge und Würgegriffe sind auch für Polizisten strafbare Handlungen und

die Justiz darf entsprechende Strafklagen nicht einfach unter den Tisch wischen. Aber auch im Bereich der verbalen Drohungen und der Inhaftierung ist nicht alles erlaubt. Es ist zum Beispiel gesetzeswidrig, einen Jugendlichen in Untersuchungshaft zu setzen, um ihn als Zeuge zu befragen und ihm dabei mit einer Haftverlängerung von zwei Wochen zu drohen. Es ist ebenfalls hirnverbrannt, wenn Polizisten einem 17-Jährigen mit einer Strafe von fünf Jahren Zuchthaus und mit dem Verlust der Lehrstelle drohen, nur weil dieser beim Fahren mit einem 14er-Töffli ohne Führerschein und ohne Helm erwischt wurde. Solche Polizisten müssen auf die psychologische Schulbank oder sie müssen den Dienst bei der Polizei quittieren.

Der frühere Ausbildungschef der Walliser Polizei und spätere Chef der Gendarmerie hiess Franziskus Escher. Er wurde kürzlich vom Bezirksgericht Brig wegen mehrfacher sexueller Handlungen mit einem Kind verurteilt. Auch der langjährige Kommandant der Walliser Kantonspolizei Bernard Geiger wurde nach seinem Rücktritt im Jahr 2007 mit zwei Strafverfahren konfrontiert. Der Fisch stinkt vom Kopf her. Bei der Führung und der Ausbildung der Polizisten muss angesetzt werden.

Kurt Marti

INHALT

René Imoberdorf:
Viel Lohn für
wenig Sitzungen
SEITE › 3

Spitalzentrum:
Externer Experte
bleibt geheim
SEITE › 3

Electra-Massa:
Bodenmann
gegen Escher
SEITE › 4

Nationalrat Roux:
Heisser Draht
auf die Bahamas
SEITE › 6

Zermatter Gipfel:
Kapital und Kirche
rüsten moralisch auf
SEITE › 7

Kantonspolizei:
Polizist in zivil
würgt Jugendlichen
SEITE › 8

Philo-Aktuell:
Peter Sloterdijks
totale Verwirrung
SEITE › 10

Viola Amherd:
Von der Fraktion
im Stich gelassen
SEITE › 11

Heinrich Böll:
Soziale Tabus
brechen
SEITE › 12

Grafschaft:
Ferienresidenz
in Konkurs
SEITE › 16

IMPRESSUM

ROTE ANNELIESE

Jugendabo: Fr. 25.-
Jahresabo: Fr. 50.-
Unterstützungsabo: 80.-
PC 19-8382-6

REDAKTOR

Kurt Marti (ktm)

MITARBEITERINNEN

DIESER NUMMER

Hilar Eggel
Renata Werlen

HERAUSGEBER

Verein Rote Anneliese
Postfach 441
3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

SATZ UND DRUCK

s+z Gut zum Druck
3902 Brig-Glis

EnAlpin AG: 27,9 Millionen Franken Gewinne für die Deutschen und die Franzosen

Reichlich Lohn für Imoberdorf und Dirren

VISP – Die EnAlpin AG schwimmt im Geld. Im letzten Jahr konnte sie den Gewinn von 22,5 Millionen auf 27,9 Millionen erhöhen. Die deutschen und französischen Aktionäre dürfen sich freuen. Grund zur Freude haben auch EnAlpin-Direktor René Dirren und CSPO-Ständerat René Imoberdorf.

VON KURT MARTI

Die Visper EnAlpin AG gehört der deutschen Energie Baden-Württemberg AG (EnBW), welche ihrerseits zu 45 Prozent der französischen Électricité de France SA (EDF) gehört. Bekanntlich wurden im Jahr 2001 die damaligen Lonza-Kraftwerke für 450 Millionen an die Deutschen und Franzosen verscherbelt. Den Erlös sackte die Lonza ein und jammert heute über zu hohe Strompreise. Hauptakteure des Mega-Deals waren die damaligen Lonza-Verwaltungsräte Christoph Blocher und Martin Ebner. Der Konzernchef hiess Sergio Marchionne. Paten des skandalösen Ausverkaufs

von 10 Prozent der Walliser Wasserkraftproduktion waren die CSPO-Politiker Wilhelm Schnyder und René Imoberdorf, welche noch heute im EnAlpin-Verwaltungsrat sitzen. Mit dem Vize-Direktorenposten wurde der damalige CVP-Fraktionschef Beat Abgottspon belohnt.

90 000 Franken für ein paar Verwaltungsrats-Sitzungen

Im letzten Jahr fuhr die EnAlpin einen Rekordgewinn von 27,9 Millionen Franken ein, der in die Kassen der Deutschen und Franzosen fliesst. Wie die RA bereits in der Ausgabe vom Februar 2008 (Nr. 201) berichtete, kommen die Millionengewinne



René Imoberdorf und René Dirren: Sie haben gut lächeln.

der EnAlpin durch die niedrigen Produktionskosten der Kraftwerke der «Aletsch AG» und der «Lötschen AG» sowie die zu hohen Strompreise im Oberwallis zustande. Inzwischen bezieht auch die Energie Brig-Aletsch-Goms AG (EnBAG) 60 Prozent ihres Stromes von der EnAlpin, welche trotz Millionen-

gewinnen nicht bereit ist, den Strompreis zu senken. Statt dass die OberwalliserInnen profitieren, können die deutschen und französischen Aktionäre die Hände reiben. Die Hände reiben können auch EnAlpin-Chef René Dirren und EnAlpin-Verwaltungsrat René Imoberdorf, welche gleichzeitig auch bei der Energiedienst Holding AG (EDH) als Ge-

schaftsleiter beziehungsweise Verwaltungsrat fungieren. Dirren kassierte im letzten Jahr rund 750 000 Franken, was drei Mal mehr ist, als ein Walliser Staatsrat verdient. Ständerat Imoberdorf erhielt für die sechs Verwaltungsratssitzungen der EDH und die Verwaltungsratssitzungen der EnAlpin stolze 90 000 Franken.

Spitalzentrum Oberwallis: Keine Transparenz drei Jahre nach dem Spitalpfusch

Sogar der Experte ist geheim!

SITTEN/VISP/BRIG – Vor drei Jahren berichtete die RA über gravierende Fehlleistungen im Spitalzentrum Oberwallis (SZO) und forderte eine externe Expertenkommission. GNW-intern war von einem externen Experten die Rede. Heute ist weder der Expertenbericht noch der Name der Experten öffentlich.

VON KURT MARTI

Im Dezember 2006 und Januar 2007 berichtete die RA über mehrere gravierende Fehlleistungen in der chirurgischen Abteilung des SZO. Offen blieben dabei mehrere fragliche Todesfälle. In einem anonymen, aber glaubwürdigen Hilferuf schrieb eine gut informierte SZO-Person: «Das

Ganze ist noch viel schlimmer. Helfen Sie den Patienten, helfen Sie dem zum Schweigen gebrachten Personal!» PatientInnen mit Darmverschluss, Blinddarm und Gallenlecks seien «über Tage liegen gelassen» worden und «wegen des zu spät erfolgten Eingriffs» gestorben. Die RA gelangte in Besitz von entsprechenden Patientendossiers und forder-

te eine externe Expertenkommission.

Experten-Empfehlungen zur Weiterentwicklung

Ganz nebenbei war in einem internen Schreiben des Gesundheitsnetzes Wallis (GNW) die Rede von einem «externen Experten». Drei Jahre nach den Spitalpfuschereien wollte die RA von GNW-Direktor Dietmar Michlig wissen, was aus dem Expertenbericht geworden ist und wie der Experte heisst. Laut Michlig lag der «Expertenbericht» bereits im zweiten Trimester 2007 vor. Auf die Frage nach der Einschätzung des

Experten verweist Michlig auf die «Empfehlungen zur Weiterentwicklung der internen Organisation des Chirurgie-departementes des Spitalzentrums Oberwallis», insbesondere die Zusammenlegung aller allgemein-chirurgischen Aktivitäten von Brig nach Visp. Zudem schlug der Experte die Ausschreibung der Stelle eines Departementsleiters Chirurgie (inklusive Orthopädie) vor, welche im Verlaufe dieses Jahres ausgeschrieben wird.

Untersuchungskommission war nicht erwünscht

Keine Antwort liefert Michlig

hingegen zur Untersuchung der konkreten Fälle und Vorwürfe. Diese Aufgabe hätte nur eine Untersuchungskommission leisten können und eine solche war weder vom Gesundheitsdepartement noch vom GNW erwünscht. Heute kann man staunend zur Kenntnis nehmen, dass es keine konkrete Untersuchung der Fälle und Vorwürfe gegeben hat und dass der sogenannte «Expertenbericht» nicht öffentlich ist. Selbst den Namen des externen Experten wollte GNW-Direktor Michlig nicht preisgeben.



Alt-Nationalrat Peter Bodenmann (SPO): «Noch nie in der Geschichte des Kantons Wallis hat ein Politiker dem Kanton einen grösseren Schaden zugefügt und ist auch noch stolz darauf.»



Alt-Ständerat Rolf Escher (CVPO): «Die tatsachen- und rechtswidrigen Behauptungen des Einsprechers und seines Einschwätzers berühren mich nicht.»

Electra-Massa AG: Lassen sich die Gemeinden Bitsch, Naters und Riederalp mit den Kraftwerkprojekten «Fleschen» und «Oberaletsch» über den Tisch ziehen?

Peter Bodenmann attackiert Verwaltungsrat Rolf Escher

BITSCH/NATERS/RIEDERALP – Die grossen Walliser Wasserkraftwerke gehören mehrheitlich den Unterländern. In den Verwaltungsräten geben sie den Ton an. Die Walliser Vertreter fungieren meistens als stillschweigende Kopfnicker. Zum Beispiel bei der Electra-Massa AG, wo Alt-Ständerat Rolf Escher (CVP) seit über zehn Jahren im Verwaltungsrat sitzt. Jetzt reitet Alt-Nationalrat Peter Bodenmann (SP) eine harte Attacke gegen Escher.

VON KURT MARTI

1. Vorwurf: Stefan Eschers Gutachten zum Schaden von Bitsch

Die Electra-Massa AG (EM) plant oberhalb von Bitsch den Bau eines Kleinwasserkraftwerkes «Fleschen». Dabei soll das Bitscher Wasserwasser, welches zwischen dem Fuss der Staumauer «Gebidum» und der Wasserfassung «Fleschen» noch frei in der Massa fliesst, mittels eines Druckstollens zur Stromproduktion genutzt werden. Hauptgrund für das plötzliche Nutzungs-

interesse sind die Beiträge aus der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV). Wenn man von einer Jahresproduktion von 1 000 000 Kilowattstunden (kWh) ausgeht, belaufen sich die KEV-Beiträge auf rund 200 000 Franken pro Jahr. Damit wäre das geplante KW Fleschen in wenigen Jahren amortisiert und folglich hochrentabel.

Advokat Stefan Eschers dürftige «Rechtsabklärung»

Im Mai 2008 erklärte EnBAG-Direktor Paul Fux gegenüber

der Electra-Massa AG zunächst den Tarif: Die Gemeinde Bitsch habe der Energie Brig-Aletsch-Goms (EnBAG) gemäss Zusammenarbeitsvertrag (ZAV) die Nutzung seiner Gewässer zugesichert. Und weil die Gemeinde Bitsch über das Wasserwasser der «Bitscheri» verfüge, würden die Nutzungsrechte der EnBAG zufallen. Nun trat der Briger Advokat Stefan Escher in Aktion, seines Zeichens Bruder von Rolf Escher, welcher im EM-Verwaltungsrat sitzt und gleichzeitig VR-Präsident der EnBAG ist. Und plötzlich gehörte das Wasserwasser nicht mehr den BitscherInnen, sondern der Electra-Massa! In einer dürftigen «Rechtsabklärung» auf einer A4-Seite kam Escher zum Schluss, dass die Electra-Massa über die Wasserrechte der Bitscher Wasserwasser ab Staumauer verfügen. Aufgrund dieser Rechtsabklärung zog EnBAG-Direktor Fux die anfänglichen Ansprüche zurück.

Wasserwasser gehört laut Vereinbarung den BitscherInnen

Als im Februar 2010 das Baugesuch «KW Fleschen» durch die Electra-Massa AG eingereicht wurde, erhob der Bitscher Gemeinderat Rupert G. Haenni Einsprache, juristisch beraten von Peter Bodenmann, welcher die Einsprache für einen energiepolitischen General-Angriff auf Alt-Ständerat Rolf Escher nutzte. Laut Einsprache dürfen die BitscherInnen keinesfalls auf die ihnen «zustehenden Millionen rechtswidrig verzichten». Das Wasserwasser gehöre den Bitschern, und zwar aufgrund der Verträge und Vereinbarungen aus den Jahren 1940, 1955 und 1975. Aus der Vereinbarung von 1975 zwischen der Gemeinde Bitsch und der Electra-Massa gehe klar hervor, dass die EM ab dem «Fuss des Wehrs eine genügende Wassermenge fliessen lassen muss». Das Wasserwasser sei folglich ab dem

Fuss der Staumauer im Besitz der BitscherInnen. Im krassen Gegensatz zur «Rechtsabklärung» aus der Feder von Advokat Stefan Escher. Zwei Wochen nach Einreichung der Einsprache lag plötzlich ein weiteres Kurzgutachten von Advokat Stefan Escher auf dem Pult der Bitscher Gemeinderäte, womit dieser auf seiner Einschätzung beharrte; erneut gegen die Bitscher Interessen und erneut ohne einleuchtende Begründung. Falls sich Eschers Sicht durchsetzt, würden die Bitscher freiwillig einen wichtigen Verhandlungstrumpf aus der Hand geben, zugunsten der Electra-Massa, welche hauptsächlich dem Stromkonzern Alpiq und den Bernischen Kraftwerken (BKW) gehört.

Walliser Bote spricht vom «Sturm im Wasserglas»

Als das «Gutachten» am 26. Februar 2010 bei der Gemeinde eintraf, stand die Ge-



Staumauer Gebidum: Laut Vereinbarung aus dem Jahre 1975 gehört das Wasser ab dem Fuss der Staumauer den Bitschern.

schichte bereits im «Walliser Boten». Dort wurde Gemeinderat Haenni als Stürmer im Wasserglas abgestempelt. Gleichzeitig bezeichnete Gemeindepräsident Anton Karlen das Gutachten als «wasserdicht». Im übrigen habe er das Wassernutzungsrecht bereits nach den letzten Wahlen abklären lassen. Auf Anfrage der RA musste er allerdings einräumen, dass dies erst im Verlaufe des Februars 2010 der Fall war. Pikanterweise verschwieg der WB-Artikel die Namen der Gebrüder Rolf und Stefan Escher! Kein Wunder, wenn man bedenkt, dass Rolf Escher auch VR-Präsident der «Oberwalliser Presseverein AG» ist, welche den WB herausgibt.

2. Vorwurf: Verhandlungen hinter dem Rücken der Gemeinderäte

Die Electra-Massa plant ebenfalls ein neues «Kraftwerk Oberaletsch». Im Jahr 1954 erteilten die Gemeinden der Electra-Massa eine Konzession zur Nutzung des Wassers im Oberaletsch. Davon machte die Electra-Massa aber nie Gebrauch, so dass diese Konzession mittlerweile verwirkt ist. Deshalb erhielt die Electra-Massa Anfang Februar 2010 eine Verwirkungserklärung, welche von den Gemeindepräsidenten von Naters, Bitsch und Riederalp unterzeichnet war. Einen Monat später fand in Brig eine Sitzung der Electra-Massa mit dem Bitscher Gemeindepräsident Anton Karlen, dem Na-

tischer Gemeindepräsident Manfred Holzer und EM-Verwaltungsrat Rolf Escher statt. Der Sitzungsinhalt wird in einem höchst brisanten, mit dem Vermerk «*Persönlich und vertraulich*» deklarierten Brief der Electra-Massa an drei Gemeindepräsidenten festgehalten (siehe Abbildung). Im Brief hält die Electra-Massa fest, dass die anfängliche Verwirkungserklärung der Gemeindepräsidenten «*lediglich die Stossrichtung*» angebe und dass folglich «*die Verwirkungserklärung keine Rechtskraft*» erlange. Und weiter: «*Die Electra-Massa muss zur Wahrung ihrer Rechte daraufhin auch kein Rechtsmittel – auch nicht vorsorglich – einlegen.*» Mit dieser Präzisierung hätten sich alle Teilnehmer einverstanden erklärt.

«Hinter dem Rücken der zuständigen Gemeinderäte»

Doch damit noch nicht genug! Laut EM-Brief liessen die drei CVP-Politiker durchblicken, «*es sei derzeit noch nicht vorgesehen, das Thema im Kreis der Gemeinderäte und allenfalls der Gemeindeversammlungen zu beschliessen*». Dieses Ansinnen wurde jedoch durch die Einsprache Haenni/Bodenmann durchkreuzt. Denn trotz höchster Geheimhaltung sickerte der skandalöse Brief dennoch durch und wurde von Gemeinderat Haenni der Einsprache beigelegt, welche an einen breiten Kreis von Adressaten verschickt wurde.



Persönlicher und vertraulicher Brief der Electra-Massa:

Information der Gemeinderäte und der Gemeindeversammlung derzeit nicht vorgesehen.

Nicht ohne weitere Attacke des Duos Haenni/Bodenmann gegen Escher: «*Hinter dem Rücken der zuständigen Gemeinderäte arbeiten die Gemeindepräsidenten von Bitsch und Naters für die Electra-Massa. Dies unter kundiger Anleitung von Herrn Rolf Escher, der einerseits Präsident der EWBN-Gruppe ist und andererseits im Verwaltungsrat der Electra-Massa sitzt.*»

Hart getroffener Escher reagiert mit einem vierseitigen Brief

Die Bodenmannsche Attacke zeigte Wirkung. Dermassen als Vasalle der Electra-Massa blossgestellt, musste Escher sofort reagieren. In einem vierseitigen Brief an die Gemeindevertreter, Verwaltungsräte und die kantonalen Stellen erklärte Escher, dass er und die Gemeindepräsidenten einen Beschlussentwurf vorbereitet haben, «*der demnächst den Gemeinderäten unterbreitet wird*». Dieser Beschluss werde die Electra-Massa «*keinesfalls erfreuen*». Und tatsächlich! Jetzt sprechen die drei Gemeinden klipp und klar eine Verwirkungserklärung für die Oberaletsch-Konzession aus, welche anlässlich der Sitzung mit der Electra-Massa auf eine bloss Stossrichtung reduziert wurde. Und obwohl die ominöse Sitzungs-Runde von anfangs Februar noch Geheimhaltung gelobte, kam der Beschluss inzwischen in die Gemeinderäte. Wie sehr Escher an dieser peinlichen

Blossstellung zu kauen hatte, zeigte sein abschliessender Seitenhieb gegen «*den Einsprecher und seinen Einschwätzer*» (Haenni und Bodenmann, Anm. d. Red.), deren «*tatsachen- und rechtswidrigen Behauptungen*» ihn persönlich nicht berühren würden. Die Mühe zur Stellungnahme habe er sich einzig und allein deshalb gemacht, weil die beiden die EnBAG «*ungehörig in Misskredit bringen wollen und die Mitglieder der Gemeinderäte entsprechend verunsichern*».

3. Vorwurf: Besteuerung der Kraftwerke jahrelang verschlafen

In der Einsprache ist auch die Rede von den unversteuerten Gewinnen der Electra-Massa in der Höhe von 15 bis 40 Millionen. Auch hier fährt Bodenmann Rolf Escher hart an den Karren: Der «*offenbar einstimmige*» Verwaltungsrat der Electra-Massa habe sich gegen die Besteuerung der Differenz von Gesteigungs- und Marktpreis ausgesprochen und stattdessen eine bedeutend niedrigere Besteuerung verlangt. Diese Kritik trifft besonders den amtsältesten EM-Verwaltungsrat Escher. Der ehemalige Walliser Energieminister Bodenmann verlangt in der Einsprache die Einvernahme seines damaligen Chefbeamten Moritz Steiner, der bestätigen könne, dass Escher in den letzten zehn Jahren der vorgeschriebenen Berichterstattungspflicht als Vertreter

des Kantons im EM-Verwaltungsrat nie nachgekommen sei. Den Vorwurf, dass er den Kanton nicht jährlich über seine Tätigkeit informiert habe, lässt Escher in seiner Verteidigungsrede unerwähnt. Hingegen behauptet er, es sei «*aktenkundig*», dass er in «*etlichen*» Verwaltungsratssitzungen die Electra-Massa und auch die Aletsch AG zur Erhöhung der Steuern aufgefordert habe. Das mag sein, denn eine reduzierte Erhöhung wird auch von der Electra-Massa nicht bestritten. Hier geht es aber um die viel höhere Besteuerung auf Grund der Differenz von Gesteigungs- und Marktpreisen.

4. Vorwurf: Stromnetz den Überlandwerken zugeschanzt

Eine weitere Attacke reitet Bodenmann bezüglich der Strommarktöffnung. Laut Bodenmann hat der damalige CVP-Ständerat Escher als Mitglied der zuständigen Energiekommission die Weichen für «*die gänzlich missratene Strommarktöffnung*» gestellt. Escher habe in der Kommission und im Ständerat erfolgreich den Vorschlag bekämpft, welcher die Kantone zu Eigentümern des Stromnetzes machen wollte. Stattdessen habe er das sogenannte «*Modell Escher*» propagiert. Dies im Interesse der Überlandwerke, welche auch mehrheitlich Eigentümer der Electra-Massa sind.

Für das Wallis habe die Strommarktöffnung einen kapitalisierten Nachteil von rund einer Milliarde Franken. Für diesen Einsatz im Interesse der ausserkantonalen Überlandwerke habe Escher sich sogar öffentlich gerühmt. Dazu Bodenmann weiter: «*Noch nie in der Geschichte des Kantons Wallis hat ein Politiker dem Kanton einen grösseren Schaden zugefügt und ist auch noch stolz darauf.*» Auch gegen diese Attacke versuchte sich Escher in seinem Rundbrief zu verteidigen. Wie ein Fisch auf dem Trockenen ringt er verzweifelt nach Luft. Doch es bleibt bei hilflosen Zappelbewegungen. Schlussendlich gibt er indirekt den Misserfolg zu: «*Die Taube auf dem Dach ist wertlos und nur der Spatz in der Hand bringt Erfolg.*»

CVP-Nationalrat und «Briefkasten-König» Paul-André Roux

Heisser Draht auf die Bahamas

SITTEN/NASSAU – Der frischgebackene CVP-Nationalrat Paul-André Roux ist nicht nur der «Briefkasten-König» unter den Nationalräten. Er verfügt auch über gute Drähte auf die Steuerflucht-Insel Bahamas. Roux ist nämlich Teil der «Hottinger Group», welche auf den Bahamas für die «Super-Reichen rund um den Globus» das Vermögen verwaltet und die Steuern «optimiert».

VON KURT MARTI

Anfangs März wurde CVP-Nationalrat Paul-André Roux in Bern vereidigt. Die «NZZ am Sonntag» bezeichnet ihn als «Briefkastenkönig». Roux sitzt in 39 Verwaltungsräten von Firmen, welche mehrheitlich den Sitz an der Rue de Remparts 10 in Sitten haben. Hinzu kommen noch vier Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Zu seiner Entschuldigung erklärte Roux gegenüber der «NZZ am Sonntag», nicht jede Briefkastenfirma diene der Steueroptimierung. Ganz sicher der Steueroptimierung dient hingegen die Vermögensverwaltung «Hottinger & Associates SA» mit Sitz ebenfalls an der Rue de Remparts 10.

Präsident der «Hottinger & Associates SA» wohnt auf den Bahamas

In der «Hottinger & Associates SA» sitzt Roux seit der Gründung im Jahr 2004 im Verwaltungsrat und fungiert auch als Sekretär. Präsident ist seit Oktober 2009 Paul de Pourtalès, welcher in Nassau auf den Bahamas wohnt, der bekannten Steuerflucht-Insel direkt vor der Küste von Miami. Paul de Pourtalès ist nicht irgendwer, er ist zusammen mit dem Privatbankier Frédéric Hottinger einziger Gesellschafter der «Hottinger Group SA» mit zahlreichen Tochterfirmen verstreut auf der ganzen Welt. Eine davon ist die «Hottinger & Associates SA» in Sitten. Eine weitere Tochterfirma ist die «Hottinger Bank and Trust Ltd.» mit Sitz in Nassau auf den Bahamas. Bankdirektor ist kein anderer als Paul de

Pourtalès. Weitere Tochterfirmen befinden sich in New York, Toronto, London und Luxemburg.

Hilfe für die «Super-Reichen rund um den Globus»

Die «Hottinger Group» propagiert auf ihren Internetseiten ziemlich ungeniert die Steueroptimierung auf den Bahamas. Die «Hottinger Bank and Trust Ltd.» auf den Bahamas wird als «Basis der Hottinger Group» bezeichnet. Von

dort «entfaltet» die Hottinger Group eine «aussergewöhnliche Vermögensverwaltung» im Interesse der «Super-Reichen rund um den Globus».

«Unabhängig vom politischen Prozess»

Ausdrücklich wird in den Hottinger-Informationen auf die Befreiung von sämtlichen Steuern und das Bankgeheimnis auf den Bahamas verwiesen. Das Gesetzssystem auf den Bahamas, sei «unabhängig vom politischen Prozess im Land» und biete ein günstiges Umfeld für das internationale Geschäft. Bekanntlich figurieren die Bahamas auf der Rangliste der steuerfreundlichen Staaten ganz oben, denn es werden dort weder Einkommenssteuern, noch Kapital- und Gewinnsteuern, noch Erbschaftssteuern erhoben.



CVP-Nationalrat Paul-André Roux: Partner der «Hottinger Group», welche auf den Bahamas für die «Super-Reichen rund um den Globus» die Steuern «optimiert».

Kapitalflucht in die Steuer-Oasen:

Für CVP-Staatsrat Jean-Michel Cina kein Problem

(ktm) Im Jahr 2002 ertappte die RA den damaligen CVP-Nationalrat Jean-Michel Cina dabei, dass er im Verwaltungsrat von Firmensass, welche ihren Sitz auf den Cayman Island hatten und deren Ziel die sogenannte «Steueroptimierung» war. Cina bezeichnete diese Firmen als «rechtlich in Ordnung» und als «ethisch okay». Trotzdem trennte er sich vor seiner Wahl zum CVP-Fraktionspräsidenten fluchtartig von diesen Mandaten. Der RA verweigerte er damals und auch seither jegliche Antworten.

Ulrich Thielemann, Vizedirektor des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen, hielt damals im RA-Interview fest:

• «Das Besteuerungsrecht ebenso wie die Steuerpflicht sind an das Wohnsitz beziehungsweise Betriebsstättenprinzip gebunden. Personen sollen dort ihre Steuern zahlen, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben. Und Firmen sollen dort ihre Steuern zahlen, wo sie ihre wirtschaftliche Tätigkeit ausüben. Schliesslich nehmen sie auch dort die öffent-

lich finanzierten Leistungen in Anspruch.»

• «Die Verlegung eines pro-forma Firmensitzes in Staaten, die sich vor allem dadurch auszeichnen, dass sie Firmen und Personen die Verheimlichung von Kapitalien und Einkommen zwecks Steuerhinterziehung erlauben, widerspricht klar dem Grundsatz des Steuerleistungswettbewerbs. Die Staaten erhalten so, wie es die OECD formuliert, 'Money for nothing'. Und die Steuerpflichtigen entledigen sich auf illegitime Weise ihrer Steuerpflicht.»



CVP-Staatsrat Jean-Michel Cina: Firmen auf den Cayman Island sind «rechtlich in Ordnung» und «ethisch okay».

1. Zermatter Gipfel der «Entscheidungsträger»

Katholiken und Kapitalisten wollen moralisch aufrüsten

ZERMATT – Anfang Juni findet in Zermatt das 1. Zermatt Summit statt, das «Gipfeltreffen der Entscheidungsträger». Ziel ist die Errichtung eines neuen Wertesystems, das die Ethik ins Zentrum stellt. Hinter dem Zermatter Gipfel stecken rechtskonservative Katholiken und adlige Vermögensverwalter. Als Stiftungsrat tritt auch CVP-Ständerat Jean-René Fournier auf. Eröffnungsredner ist CVP-Staatsrat Maurice Tornay.

VON KURT MARTI

Die Weltwirtschaft kriselt, die Umwelt wird zerstört und es herrscht globale Ungerechtigkeit. Deshalb braucht es nicht nur neue Regeln, sondern laut den Organisatoren des 1. Zermatt Summit «ein neues Wertesystem, welches die Ethik ins Zentrum stellt». Und deshalb ist es wichtig, «Herz und Geist der wichtigsten Entscheidungsträger zu erreichen». Das 1. Zermatt Summit findet im Zermatterhof statt und der Eintrittspreis für drei Tage beträgt stolze 2 500 Franken. Die Eröffnungsrede wird von CVP-Staatsrat Maurice Tornay gehalten.

Beziehung zur rom- und papsttreuen «Bruderschaft Eucharistein» Hinter dem 1. Zermatt Summit steht die «Zermatt Summit Foundation», welche vom Waadtländer Industriellen Christoph Wassermann präsiert wird. Im Stiftungsrat sitzen ebenfalls CVP-Ständerat Jean-René Fournier und Bruder Nicolas Buttet, der Vorsteher der «Bruderschaft Eucharistein» in St. Maurice. Die rom- und papsttreue Bruderschaft hat sich die Armut und die christ-katholische Missionierung auf ihr Banner geschrieben. Buttet ist ein äusserst umtriebiger Mönch, welcher in mehreren katholischen Stiftungen anzutreffen ist, zum Beispiel als Stiftungsrat der «Foundation Ecophilos», welche die humanistischen und christlichen Werte

in der Welt der Unternehmer verbreiten will. Oder als Mitglied des Direktionskomitees von «Philanthropos: Europäisches Institut für anthropologische Studien» in Fribourg, welches das «Licht des christlichen Glaubens» verbreiten will. Oder als Mitglied der «Association Internationale Pour L'enseignement Social Crétien» in Genf, in deren Fribourger Ableger die beiden katholischen Geschichtspromessoren Urs Altermatt und Francis Python im Stiftungsrat figurieren.

Vermögensverwalter und Erzherzog Rudolf von Habsburg-Lorraine

Den geldwerten und adligen Gegenpart zur keuschen Armut des Bruders Nicolas Buttet übernimmt im Stiftungsrat der «Zermatt Summit Foundation» seine «kaiserliche und königliche Hoheit Erzherzog Rudolf von Habsburg-Lorraine», der im fribourgischen Dörflein Torny-le-Grand sein Anwesen hat, genauer gesagt sein Schloss mit prächtigem Umschwung, Schlossgarten und Hecken und Mauern als Abgrenzung zur Aussenwelt. Er kann es sich leisten, denn er gehört zum Tross der internationalen Vermögensverwalter. Rudolf von Habsburg-Lorraine ist Direktor und Verwaltungsrat der «Triple A Gestion SA» mit Sitz in Vilars-Sur-Glâne. Die «Triple A Gestion» verwaltet das Vermögen von Super-Reichen in drei Kontinenten, platziert bei 19 Banken in sieben Ländern,

insbesondere bei der Bank von Luxemburg. Die «Triple A Gestion» verwaltet zum Beispiel Portfolios mit dem vielsagenden Namen «AAA-gressif» mit einer Rendite von 15 Prozent und mehr. Sie ist spezialisiert auf Trusts und Stiftungen, welche optimal für die Steueroptimierung rund um den Globus genutzt werden können.

Ein Kardinal und ein Prediger des freien Marktes

Am dreitägigen Zermatter Gipfel treten Firmenchefs aus der ganzen Welt auf. Die «spirituelle Ebene» deckt einerseits Bruder Michel Buttet von «Eucharistein» ab, zum anderen hält auch Kardinal Peter K. Turkson eine Rede, welcher Präsident der katholischen Vereinigung «Gerechtigkeit und Frieden» ist. Er wird die Wirtschaftsführer auf den bevorstehenden Wertewandel mit dem Referat «Herz und Geist verändern: Die Rolle der Spiritualität» einschwören. Zudem gibt es die Weltpremiere des Films «Spirituelle Unternehmen: Doing Virtuous Business» (zu deutsch: Spirituelle Unternehmen: Für tugendhafte Geschäfte) von Theodore Roosevelt Malloch, der sich als Prediger des freien Marktes, des Profites und selbstverständlich der christlichen Tugenden in Szene setzt.



CVP-Ständerat Jean-René Fournier: Mit Herz und Geist zu einem neuen Wertesystem.

Eminente Wirtschaftsführer verkünden den Wertewandel

Am Schluss des Gipfels wird ein «Konsultativrat von eminenten Wirtschaftsführern» eine Empfehlung für einen Wertewandel und eine bessere Welt formulieren und «grossflächig publizieren». Ob im Konsultativrat auch Vermögensverwalter und Steueroptimierer Einsitz nehmen, bleibt vorerst noch offen. Auf jeden Fall wird es am 2. Zermatter Gipfel einen «Evaluations-

rapport» über die Realisierung der Empfehlungen geben. Übrigens, die Sponsoren ab einem Beitrag von 150 000 Franken erhalten sechs Freibillette für den Zermatter Gipfel und sechs Einladungen für das «Swiss Night Gala Dinner». Die Welt darf wieder hoffen! Dank dem römisch-katholischen Wertewandel und dem Engagement seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit sowie weiteren Gutbetuchten.



Das Schloss von Torny-le-Grand: Hier logiert seine kaiserliche und königliche Hoheit Erzherzog Rudolf von Habsburg-Lorraine.



Polizeiposten der Kantonspolizei in Visp: Hier wurde der Jugendliche vom Polizisten in zivil gewürgt.



Würgemale und Schürfungen am Hals des Jugendlichen: Die Folgen des Würgegriffs des Polizisten in zivil.



Vor den Augen von fünf Polizisten der Gendarmerie:

Polizist in zivil würgt einen 17-jährigen Jugendlichen auf dem Polizeiposten!

VISP – In der letzten Ausgabe hat die RA über einen Zermatter Polizisten berichtet, der einem Jugendlichen die Faust ins Gesicht schlug. Doch das ist kein Einzelfall. Im folgenden geben wir die haarsträubenden Erlebnisse eines Oberwalliser Jugendlichen mit der Polizei wieder und zeigen auf, wie die Justiz zweierlei Mass anwendet, wenn es um Zivilisten oder Polizisten geht.

VON KURT MARTI

Es ist Sonntag, den 15. Februar 2009, morgens um vier Uhr, in der Bahnhofstrasse von Visp. Am Vorabend wurde die Fasnacht eröffnet. Ein 17-jähriger Oberwalliser Jugendlicher (ohne Migrationshintergrund) und ein 29-jähriger Kantonspolizist in zivil stossen im Gedränge mit den Schultern zusammen. Beide sind alkoholisiert. Laut Aussagen des Jugendlichen hat ihn der Polizist in zivil sofort angeschrien, was das solle und ob er spinne. Dadurch fühlte sich der Jugendliche bedroht und nahm ein Armeetaschenmesser hervor, mit dem er in der Luft herumfuchtelte, ohne aber jemanden zu gefährden oder gar zu verletzen. Als ihm die Gattin des Polizisten ei-

nen kräftigen Schlag an den Hals verpasste und mit dem Handy auch noch die Polizei rief, ergriff der Jugendliche die Flucht. Aus der Sicht des Polizisten und seiner Gattin tönt der Ablauf freilich ganz anders: Der Jugendliche habe nach der Schulterremplerei sofort das Messer gezückt und habe auf sie beide einzustechen versucht.

Aggressiver Polizist in zivil, kooperativer Jugendlicher

Der Jugendliche stellte sich freiwillig der Polizei und wurde auf den Posten der Gendarmerie in Visp geführt. Von den zwei begleitenden Polizisten wird der Jugendliche als «sehr kooperativ» geschildert, mit dem man «ständig ein normales Gespräch führen

konnte.» Ganz anders der Polizist in zivil! Er stürmte ins Polizeilokal, nachdem er laut Zeugenaussage gesagt haben soll: «Wenn ich den erwische, kann ich für nichts garantieren!» Im Polizeilokal fragte der Polizist den Jugendlichen immer wieder und immer lauter: «Weisst du eigentlich, wer ich bin und was du gemacht hast?» Offenbar hatte er ein Problem damit, dass er in Zivilkleidung nicht als Polizist wahrgenommen wurde. Doch der Jugendliche blieb ruhig und schlug ihm vor, die Sache draussen ohne die «Tschugger» zu regeln. Der wütende Polizist sprach immer lauter und näherte sich dem Jugendlichen in bedrohlicher Weise, so dass sich dieser vom Stuhl erheben wollte, worauf ihn der Polizisten gewaltsam zurücksties. Laut Aussagen des Jugendlichen wurde er dabei vom Polizisten - den er zu diesem Zeitpunkt immer noch als Zivilperson wahrnahm - am Hals ergriffen und gewürgt, so dass er zu ersticken drohte und Todesängste ausstehen musste. Mit allerletzter Kraft gelang es ihm, sich aus dem Kampfgriff zu befreien.

Der Polizist, welcher sei 14 Jahren Kampfsport betreibt, musste von seinen Kollegen gepackt und aus dem Raum geführt werden.

Die Würgemale am Hals des Jugendlichen hat später der Hausarzt fotografiert (siehe

Foto). Der ganze Vorgang hatte sich vor den Augen von vier Polizisten und einem weiteren Polizisten in zivil abgespielt, der sich später erstaunlicherweise als Schwiegervater des würgenden Polizisten herausstellte.

Fragwürdiger Strafbefehl der Jugendrichterin

(ktm) Die Jugendrichterin Petra Williner machte mit dem Jugendlichen buchstäblich kurzen Prozess. Ohne richterliche Anhörung der Zeugen verurteilte sie den Jugendlichen im Schnellverfahren per Strafbefehl zu einer Busse von 500 Franken und einer Freiheitsstrafe von 30 Tagen bedingt auf zwei Jahre, und zwar wegen versuchter schwerer Körperverletzung. Williner hatte einfach die Aussagen des Polizisten in zivil kritiklos übernommen. Der Vorfall wurde von der Polizei und der Jugendrichterin mehrfach aufgebauscht. In den Polizeiprotokollen ist faktenwidrig von einer «Stichwaffe» die Rede, obwohl es sich um ein Armeetaschenmesser handelt, das laut Eidgenössischem Waffengesetz weder eine Waffe, noch ein gefährlicher Gegenstand ist. Ausgeblendet hat die Jugendrichterin ebenfalls das aggressive Verhalten des Polizisten auf dem Polizeiposten und den Schlag der Polizistengattin gegen den Hals des Jugendlichen, sowie die Verletzungen des Jugendlichen am Hals.



Prof. Dr. med. Stephan Sigrist, Leiter der Rechtsmedizin an der Uni St. Gallen: Würgen kann tödliche Folgen haben.

7-Jährigen

Für eine Zeugenaussage in Untersuchungshaft genommen

Anschliessend wurde der Jugendliche um circa 7 Uhr morgens auf Anordnung der Jugendrichterin Petra Williner in Untersuchungshaft gesetzt. Den Eltern wurde mitgeteilt, sie könnten ihren Sohn gleichentags um 17 Uhr im Untersuchungsgefängnis in Brig abholen. Doch als die Eltern

ihn abholen wollten, wurde ihnen gesagt, ihr Sohn müsse noch eine Nacht in Untersuchungshaft bleiben, weil man ihn in einer anderen Angelegenheit befragen wolle. Dabei handelte es sich um eine blosser Einvernahme als Zeuge, was eine Untersuchungshaft niemals rechtfertigt. Der Polizist der Gendarmerie Susten drohte dem Jugendlichen laut dessen Anwalt mit einer Haftverlängerung bis Ende Faschnachten, wenn er keine Namen nenne. Dabei habe sich der Polizist auf eine angebliche Weisung von Untersuchungsrichter Rinaldo Arnold gestützt. Während der Einvernahme habe ihn der Polizist angeschrien und ihn als «Dü verdammte hüara Strätschbotsch» bezeichnet. Durch die Haftsituation und durch die Drohung mit einer massiven Verlängerung der Haft eingeschüchtert, schrieb der Jugendliche ein paar Namen auf das Papier, um möglichst rasch aus der U-Haft freizukommen, welche laut Anwalt des Jugendlichen widerrechtlich war. Später zog der Jugendliche die

Anschuldigungen umgehend als falsch zurück.

Polizist verschweigt Neo-Nazi-Sprüche im Bericht

Die Zeugenaussage bezog sich auf eine Schlägerei vor dem Jugendzentrum (JZ) Gampel. Der Polizist der Gendarmerie Susten hatte dazu einen Bericht verfasst, bei dessen Lektüre man ins Stocken gerät, weil die Ursache der Schlägerei verschwiegen wird, obwohl drei unabhängige Zeugen sich dazu geäussert hatten. Der Jugendliche, welcher anschliessend verprügelt wurde, war ins Jugendlokal gekommen und hatte gegen die anwesenden Jugendlichen den rechten Arm zum «Hitlergruss» erhoben und ausgerufen: «Jugos raus, ihr habt hier nichts verloren!» Drei Zeugen gaben dies zu Polizei-Protokoll: Ein Securitas-Mann, ein JZ-Mitarbeiter und ein Jugendlicher. Trotzdem steht im Bericht des Polizisten kein einziges Wort über diese wesentlichen Aussagen; zugunsten des Jugendlichen aus dem Neo-Nazi-Milieu.

Untersuchungsrichter muss über die Bücher

(ktm) Der Jugendliche und sein Vater haben eine Strafklage wegen Körperverletzung gegen den Polizisten und seine Gattin eingereicht. Darauf wurden jene vier Polizisten einvernommen, welche die Vorgänge auf dem Polizeiposten der Gendarmerie in Visp mitverfolgt haben. Anschliessend erstellte der kantonale Untersuchungsrichter Jean-Pierre Greter einen Bericht und wollte zunächst «in allen Punkten eine Nichteintretensverfügung» erlassen. Laut Untersuchungsrichter Greter ist durch Polizeiaussagen bezeugt, dass der Polizist in zivil den Jugendlichen «an der Halsgegend gepackt» hat. Trotzdem sei aber nicht erstellt, ob er ihm dabei tatsächlich «die nachträglich festgestellten Hautverletzungen zufügte». Auch wenn man das Verhalten des Polizisten als «Tätlichkeit» qualifizieren wollte, wäre sie «als unmittelbare Antwort auf eine Provokation in Form einer Beschimpfung zu betrachten, so dass sich eine Strafbefreiung aufdrängen würde».

Der Chef des Polizeipostens bezeugt den Griff an den Hals

Die Sicht des Untersuchungsrichters wird durch die Aussagen der vier Polizisten widerlegt: Der Chef des Polizeipostens der Gendarmerie in Visp hat den Griff an den Hals des Jugendlichen bestätigt und einer der vier Polizisten hat bezeugt, dass der Jugendliche «blaue Flecken und Fingerabdrücke am Hals» aufwies, als er in Untersuchungshaft genommen wurde. Zwischen dem Würgegriff und der Inhaftierung war der

Jugendliche lückenlos in polizeilicher Begleitung. Verletzungen sind während dieser Zeit keine protokolliert. Es ist folglich davon auszugehen, dass die Würgemale vom Polizisten in zivil stammen.

Auch die Feststellung, der Würgegriff sei eine Antwort auf «eine Provokation in Form einer Beschimpfung», ist eine Behauptung, welche durch die Aussagen der vier Polizisten widerlegt wird. Zwei der Polizisten erklären explizit, dass es «keine Beschimpfungen» gegeben hat. Sie halten zudem fest, dass der Jugendliche «sehr kooperativ» gewesen sei und man habe mit ihm «ständig ein normales Gespräch» führen können. Der Chef des Polizeipostens äussert sich mit keinem Wort negativ über den Jugendlichen. Der Jugendliche hat also niemanden beschimpft. Dies ist höchst erstaunlich, wenn man bedenkt, in welcher Weise er durch den Polizisten verbal und physisch attackiert wurde.

Würgen kann zu Bewusstlosigkeit und zum Tod führen

Der Untersuchungsrichter bezeichnet den Würgegriff als blosser «Tätlichkeit», das heisst laut Schweizer Strafgesetzbuch (StGB) eine Handlung, «die keine Schädigung des Körpers und der Gesundheit zur Folge hat». Der Körper des Jugendlichen ist aber nachweislich geschädigt worden (siehe Arzt-Foto). Professor Dr. med. Stephan Sigrist, Leiter des rechtsmedizinischen Instituts der Universität St. Gallen, hält in einem

Lehrbuch fest: «Für eine wirksame Strangulation (Hängen, Drosseln, Würgen) bedarf es keiner längeren strangulierenden Einwirkung und schon gar nicht einer grösseren Kraftanwendung. Bereits bei relativ kurzfristiger respektive geringer Druck- und/oder Zugwirkung kann Bewusstlosigkeit (Handlungsunfähigkeit) auftreten, und es kann eventuell sogar der Todeseintritt erfolgen. Selbst eine kleine, schwächliche Person kann ohne weiteres eine grosse und muskelstarke Person durch Strangulation leicht und leise 'ausser Betrieb setzen'».

Tatbestand der Gefährdung des Lebens

Laut Rechtsmediziner Sigrist führt das Würgen zu einem unterschiedlich starken Sauerstoffmangel im Gehirn, wodurch «Lebensgefahr und Todesnähe möglich» ist. Falls Würgemale am Hals und Schluckbeschwerden auftreten, sei eine strafrechtliche Beurteilung notwendig, insbesondere auf die Tatbestände der schweren Körperverletzung und der Gefährdung des Lebens.

Der Jugendliche wies tatsächlich Würgemale und Schluckbeschwerden auf. Monate später hatte er zum ersten Mal in seinem Leben einen epileptischen Anfall. Inwieweit dieser mit dem Würgegriff des Polizisten zusammenhängt, müsste ein ärztliches Gutachten im Verlauf des weiteren Strafverfahrens noch klären. Auf jeden Fall muss der Untersuchungsrichter noch einmal über die Bücher.

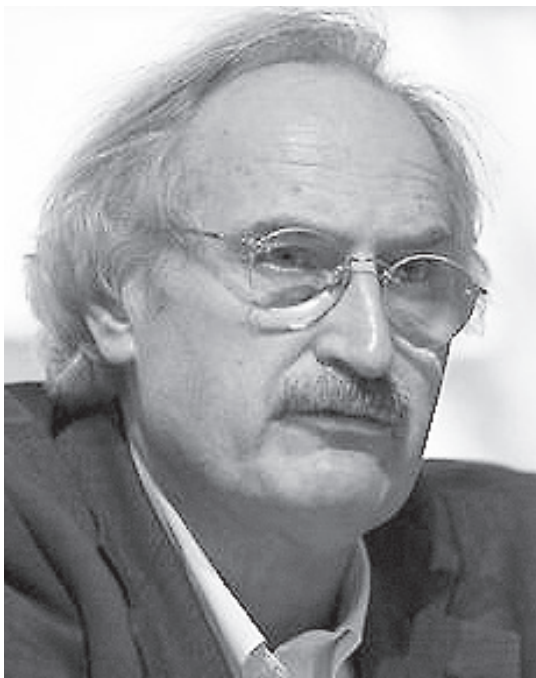
PHILOSOPHIE - AKTUELL:

Die Verwirrungen des «Sozialdemokraten» Peter Sloterdijk

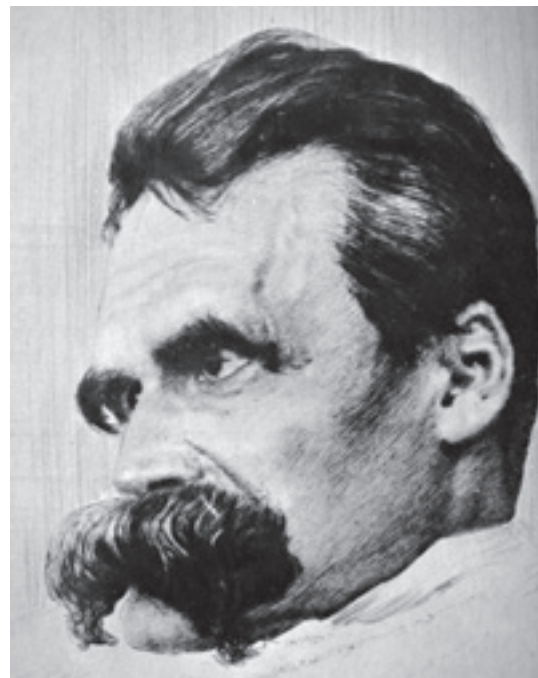
Freiwillige Steuern für die Reichen!



Peter Sloterdijk: «Lektüre-Rückstand»



Axel Honneth: «Verquatschtheit»



Friedrich Nietzsche: «Hinaufpflanzen»

VON KURT MARTI

Was tun die Philosophen in Zeiten der Krise? Die Mehrheit beschäftigt sich mit der Exegese von Texten verstorbener Berufskollegen. Einige wenige beherrschen das Handwerk der Gesellschaftskritik. Und da gibt es noch die skurrile Gattung jener, welche mit scheinbar neuen Begriffen alles gegen den Strich bürsten und gleichzeitig den Mächtigen und Reichen um die Beine streichen, wie die Katzen und Hunde, wenn sie Hunger haben. Sie fordern eine Wurzelbehandlung und predigen Remedur, unter dem Vorwand, alles sei Tausende von Jahren schiefgelaufen, nur weil die falschen Begriffe beziehungsweise die Begriffe falsch verwendet wurden. Zu letzteren gehörte Martin Heidegger, welcher den Führer führen wollte; zu ihnen gehört aber auch der Zeitgenosse Peter Sloterdijk, welcher mit Menschenzüchtung und mit nebulösen Übungstaktiken den Menschen verbessern will und welcher neuerdings die Reichen von den Steuern befreien will, damit diese ihre karitativen Züge frei ausleben und darüber stolz sein können.

«Du musst dein Leben ändern» ruft Sloterdijk pathetisch in seinem neusten Buch aus und deshalb heisst sein 11. Gebot: «Du musst üben, üben, üben!» Jeder gewöhnliche Mensch würde das so ausdrücken: «Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr». Aber Sloterdijk gelingt es immer wieder um beliebige Begriffe einen philosophischen Kosmos auferstehen zu lassen und darum herum – was das eigentliche Ziel ist – seine beängstigende Belesenheit unter Beweis zu stellen: In den 80-er Jahren war es der «Zynismus»,

in den 90-er Jahren die «Sphären» und «Blasen» und der «Zorn» und jetzt ist es das «Üben». Neben Heidegger guckt ihm stets Friedrich Nietzsches «Zarathustra» über die Schulter, welcher vom Menschen forderte, dass er sich nicht bloss fortpflanze, sondern zum Übermenschen hinaufpflanze. Sloterdijk ist fasziniert von diesem Hinauf. Verschwommen spricht er von Menschen im Basislager und den anderen, welche den Gipfel anpeilen. Aber was das ganz konkret politisch heisst, sagt er in der Regel nicht. Seine Übungstheorien spielen sich im ethischen Vakuum ab. In diesem Sinne wären auch Mafia-Bosse und Folterknechte Übende, wenn sie nur täglich den Griff zum Maschinengewehr oder die Technik der Körperqualen perfektionieren.

Doch alle zehn Jahre, wenn es still wird um den aus dem Kreis der Universitätsphilosophen ausgestossenen Philosophie-Literaten, wirft er einen Molotow-Cocktail in die Hochschulseminare und Feuilleton-Redaktionen. Dann lässt er die Maske fallen und wird konkret. So geschehen vor zehn Jahren mit seinen «Regeln für den Menschenpark», so geschehen im letzten Jahr mit seinem Essay «Die Revolution der gebenden Hand» in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» (FAZ), wo Sloterdijk einen fulminanten Kontrapunkt zur Abzocker-Debatte setzte. Dabei bezeichnete er den Sozialstaat als «Staatskleptokratie» und als «geldsaugendes Ungeheuer», welches die Reichen durch progressive Steuern zwangsenteigne. Als Alternative propagierte Sloterdijk das Modell der Steuerbefreiung und der freiwilligen Zuwendung der Steuerbürger an das Gemeinwesen. Damit redete er allen Heuschrecken, Abzockern und

Steuerflüchtigen aus dem Herzen. Sloterdijk nennt sie «Leistungsträger», welche offenbar übend vom Basislager in Richtung Gipfel unterwegs sind.

Darauf entzündete sich in der «FAZ», in der «Zeit» und im «Spiegel» eine Debatte mit grossem Unterhaltungswert. Wie immer hatte Sloterdijk es nicht unterlassen, die Vertreter der Kritischen Theorie, der sogenannten Frankfurter Schule, als aussterbende Gattung zu bezeichnen, worauf der Frankfurter Philosophieprofessor Axel Honneth gemäss Drehbuch aus dem Busch sprang und dem Provokateur in der «Zeit» völlig zurecht «Kleingeistigkeit» und «Verquatschtheit» vorwarf, worauf Sloterdijk wiederum in seinem Präferenzblatt «FAZ» behauptete, der «Professor» habe in Bezug auf seine Bücher «einen Lektüre-Rückstand von, freundlich geschätzt, sechstausend bis achtausend Seiten».

Sloterdijk bezeichnet sich trotz allem als «lebenslanger Sozialdemokrat». In den 70-er Jahren war er Sanjassin bei Bhagwan in Indien. Auch heute sagt er von sich: Einmal Sanjassin, immer Sanjassin. Verwirrung ist Sloterdijks Methode. In Nietzschescher Manier sagt er alles und das Gegenteil davon. Übrigens: Sloterdijk ist auch Rektor der «Staatlichen Hochschule für Gestaltung Karlsruhe», welche zu hundert Prozent vom kleptokratischen Staat abhängig ist. Es geht ihm etwa so ähnlich wie seinem Vorbild Friedrich Nietzsche, der zeitlebens mit übermenschlichem Pathos die Welt aus den Angeln heben wollte und schlussendlich nicht im Stande war, seine Schnürsenkel selber zu binden.

WUSTEN SIE SCHON, DASS...

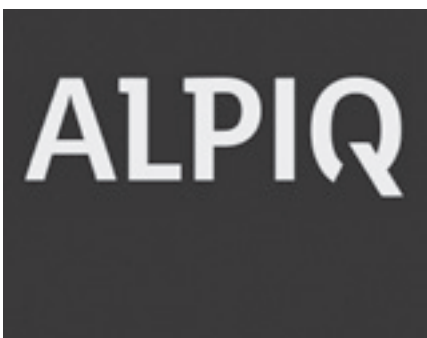
... der Treuhänder Albert Bass nicht mehr im Tessiner Giardino-Imperium vertreten ist?



Albert Bass: Abschied vom Giardino

Das Fünfsterne-Hotel Giardino in Ascona tauchte letztmals prominent in den Schlagzeilen auf, als die Deutsche Fussballnationalmannschaft sich während der EM dort einquartierte. Kurz darauf wurde das Hotel an die «Real Estate Fund Living Plus» der Credit Suisse verkauft. Dabei soll der Hauptbesitzer Dieter Cleven rund 50 Millionen eingestrichen haben. Cleven war jahrzehntelang Finanzchef des Metro-Konzerns, zu dem die Warenhausketten Kaufhof und Real gehören. In den letzten Jahren tauchte er regelmässig in den Bilanz-Liste der 300 reichsten Schweizer auf, und zwar im Jahre 2008 mit einem Vermögen von 250 Millionen. Ein Jahr später war sein Vermögen plötzlich auf 150 Millionen zusammengeschrumpft. Mit Cleven verabschiedete sich auch der Oberwalliser Financier Albert Bass aus den Verwaltungsräten des Giardino-Imperiums, insbesondere aus der «Hotel Giardino Immobiliare SA», wo er von 2000 bis 2009 als VR-Präsident waltete, mit einer seltsamen Pause von 2005 bis 2006, als er durch Peter Titz ersetzt wurde. Ebenfalls im August 2009 verabschiedete sich Bass aus dem Verwaltungsrat der «Hotel Giardino SA», welche das Hotel Giardino betreibt.

... der Stromkonzern Alpiq Verpflockungen vornimmt, ohne die Eigentümer zu informieren?



Stromkonzern Alpiq: Fehlende Information

Da staunte Franz von Riedmatten nicht schlecht, als er eines Tages auf seinem Grundstück im Holzji in Brig-Glis Verpflockungen feststellen musste, von denen er überhaupt keine Kenntnis hatte. Das betreffende Grundstück liegt unter der Hochspannungsleitung Chippis-Mörel und so wandte er sich an den Stromkonzern Alpiq, dessen Mitarbeiter Heinrich Zimmermann erklärte: «Für uns ist selbstverständlich, dass dabei die betroffenen Grundeigentümer in geeigneter Form informiert werden.» Wieso dies in diesem Fall nicht passiert ist, konnte Zimmermann auch nicht erklären und entschuldigte sich für «den Informationsmangel». Der Alpiq-Vertreter erklärte, dass die Verpflockung der Vermessung aus der Luft per Helikopter dienten. Dabei sei es um die Messung der Sicherheitshöhe der Leitung zum Boden gegangen. Auch die Gemeinde Brig-Glis wusste nichts von den Messungen der Alpiq, wie die zuständige Stadträtin Lucia Näfen gegenüber von Riedmatten erklärte. Wie die RA bereits vor 10 Jahren berichtete, klagten mehrere AnwohnerInnen im Holzji wegen dem Elektrosmog über Schlaflosigkeit und Müdigkeit.

Viola Amherds Motion gegen gefährliche Lastwagen

Kein Rückhalt in der CVP-Fraktion



Viola Amherd:
Seltsame Einschätzungen



Oskar Freysinger:
Fromme Wünsche

BERN – Die Motion der CVP-Nationalrätin Viola Amherd für ein Verbot von gefährlichen Lastwagen auf Bergstrecken wurde nicht nur wegen den fehlenden Stimmen von CSP-Nationalrat Roberto Schmidt und SVP-Nationalrat Oskar Freysinger abgelehnt. Ein Blick ins Abstimmungsbulletin zeigt: Nur eine Minderheit der CVP-Fraktion war dafür.

VON KURT MARTI

Nach der peinlichen Abstimmung im Nationalrat erklärte Viola Amherd im rro: «Ich bin unterstützt worden von weitaus dem grössten Teil der CVP, auch von Teilen der SP und der FDP. Leider hat es mit zwei Stimmen nicht gereicht.» Das Abstimmungsbulletin des Nationalrates spricht eine ganz andere Sprache, denn von «dem weitaus grössten Teil der CVP» kann überhaupt nicht die Rede sein. Die CVP umfasst insgesamt 31 NationalrätInnen. Davon haben aber weniger als die Hälfte, genau gesagt bloss 15, für die Motion ihrer Parteikollegin Amherd gestimmt. Von den restlichen 16 CVP-ParlamentarierInnen waren neun nicht anwesend und sieben haben sich der Stimme enthalten. Nationalrätin Amherd fehlte also der Rückhalt in der eigenen Fraktion.

Auch bei SP und FDP schwer daneben

Ebenfalls schwer daneben liegt die Behauptung Amherds, Ihre Motion sei «von Teilen der SP und der FDP»

unterstützt worden. Tatsache ist, dass die Motion von sämtlichen 37 anwesenden SP-NationalrätInnen befürwortet wurde, also von hundert Prozent und nicht nur von Teilen der SP. Dass hingegen Teile der FDP der Motion zugestimmt haben, muss einer Fata Morgana entsprungen sein, denn von den 35 FDP-NationalrätInnen kam bloss eine einzige Stimme für die Motion zustande. 25 FDP-NationalrätInnen lehnten die Motion ab. Übrigens auch alle anwesenden Grünen stimmten für die Motion.

Freysinger glaubt wohl selbst nicht daran

Während CSPO-Nationalrat Roberto Schmidt zur Zeit der Abstimmung schon beim Aperó war, redete sich SVP-Nationalrat Oskar Freysinger mit einem fixen Termin heraus. Und hätte er von der Abstimmung gewusst, hätte er «sogar einige SVP-Stimmen für ein Ja organisiert». Daran glaubt Freysinger wohl selbst nicht, denn von den 53 anwesenden SVP-NationalrätInnen stimmte niemand für die Motion.

Heinrich Böll:

Ein leidenschaftli

Vor 25 Jahren – am 16. Juli 1985 – starb der Schriftsteller Heinrich Böll in seinem Haus in dem Eifeldorf Langenbroich. «Ich bin ein leidenschaftlicher Zeitgenosse», sagte Böll über sich selbst. Sein gesamtes literarisches Werk spiegelt diese Zeitgenossenschaft: die Erzählungen und Romane ebenso wie die politischen Schriften und Reden. Böll berichtet von Ereignissen und Zuständen, von denen er immer wieder berührt und betroffen war. Er hat seine Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg in zahlreichen Romanen geschildert. In den politischen Schriften und Reden kommt vor allem seine Enttäuschung über die gesellschaftliche Restauration, die Sorge über die Wiederbewaffnung, der lange Kampf gegen die Springer-Presse, die ihn schändlich diffamierte, sein unermüdlicher Protest gegen die Stationierung von Atomraketen und sein Engagement für die Friedensbewegung und die Umwelthanliegen zum Ausdruck.

VON HILAR EGGEL

Soziale Tabus brechen

Im Sommersemester 1964 wurde Böll an der Universität Frankfurt eine Gastprofessur für Poetik angeboten. Der Lehrstuhl war 1959 eingerichtet worden, um zeitgenössischen Schriftstellern die Gelegenheit zu bieten, ihre Ansichten über Literatur und deren Aufgaben mit Studentinnen und Studenten in Seminaren zu diskutieren. In den Vorlesungen entwarf er eine «Ästhetik des Humanen», wobei er das Humane als «das Wohnen, die Nachbarschaft und die Heimat, das Geld und die Liebe, Religion und Mahlzeiten» definierte. Die Frankfurter Vorlesungen waren gespickt mit polemischen Seitenhieben auf Politiker und Lobbyisten, die an der Wiederherstellung von Autorität, Gesetz und Ordnung interessiert waren.

Zwei Jahre nach den Frankfurter Vorlesungen wurde Böll gebeten, anlässlich der Eröffnung des neuen Theaters in Wuppertal zu sprechen. Diese Ansprache, die dritte «Wuppertaler Rede», enthielt noch provokativere Ideen als die Frankfurter Vorlesungen. Er wies darauf hin, dass eine der Funktionen der Literatur darin bestehe, soziale Tabus zu durchbrechen. Nur wenn die Literatur die Grenzen überschreite, die ihr die Gesellschaft setzt, könne sie zu sich selbst finden. Dies war schon provozierend genug, aber Böll «ging weiter». Er verband seine Lobpreisung der Literatur mit einer Brandmarkung des deutschen Staates. Da er im Augenblick keinen Staat sehen könne, sondern an seiner Stelle «nur einige verfaulende Reste von Macht», die mit rattenhafter Wut verteidigt würden, befürchte er, dass eines Tages ein politischer Messias auftauchen könne, «der Ordnung schafft». Diese Anspielung auf die Wiederherstellung der «Ordnung» durch Hitler, nach der «Unordnung» der Weimarer Republik, hatte Kommentare voller Spott in der konservativen Presse zur Folge.

Der ausserparlamentarische Protest

Bei einer Demonstration gegen den Staatsbesuch des persischen Schahs Reza Pahlawi am 2. Juni 1967 in Berlin wurde der sechszwanzigjährige Germanistikstudent Benno Ohnesorg vom Polizisten Karl-Heinz Kurras erschossen. Damit kulminierte der 1966 eingeleitete ausserparlamentarische Protest. Der Tod Benno Ohnesorgs löste ei-

ne neue Mobilisierungsdynamik aus. Die Aktivitäten richteten sich nun zunehmend gegen die «manipulative Macht des Springer-Konzerns», der durch seine auf Schlagzeilen bedachte Berichterstattung zur Polarisierung und Eskalation, «zur politischen Unmündigkeit und mithin zum Nicht-Funktionieren der Demokratie» beitrug.

Im Oktober 1967 erhielt Böll den bedeutendsten Literaturpreis der Bundesrepublik – den Georg-Büchner-Preis. In der Dankesrede – «Georg Büchners Gegenwärtigkeit» – verwies er auf Parallelen zwischen Büchners Engagement und der gegenwärtigen politischen Situation. Er erwähnte den erschossenen Studenten Benno Ohnesorg und verurteilte dessen Tod als «Mord durch die Staatsgewalt», während er die studentischen Demonstrationen verteidigte.

Am 11. April 1968 wurde Rudi Dutschke, einer der bekanntesten Sprecher des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) und der APO, in Berlin durch ein Revolverattentat lebensgefährlich verletzt (und starb zehn Jahre später an den Folgen der Verletzung). Da man die «Bild-Zeitung» aufgrund zuvor veröffentlichter Hetzkampagnen gegen die Studenten für das von Josef Bachmann begangene Attentat mitverantwortlich machte, kam es noch am selben Abend sowie in den darauf folgenden Ostertagen zu grossen Demonstrationen gegen die Springer-Presse. Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke erklärte sich Böll mehrfach mit den Studenten solidarisch, appellierte aber gleichzeitig an sie, sich bei ihren Aktionen der Gewalt zu enthalten.

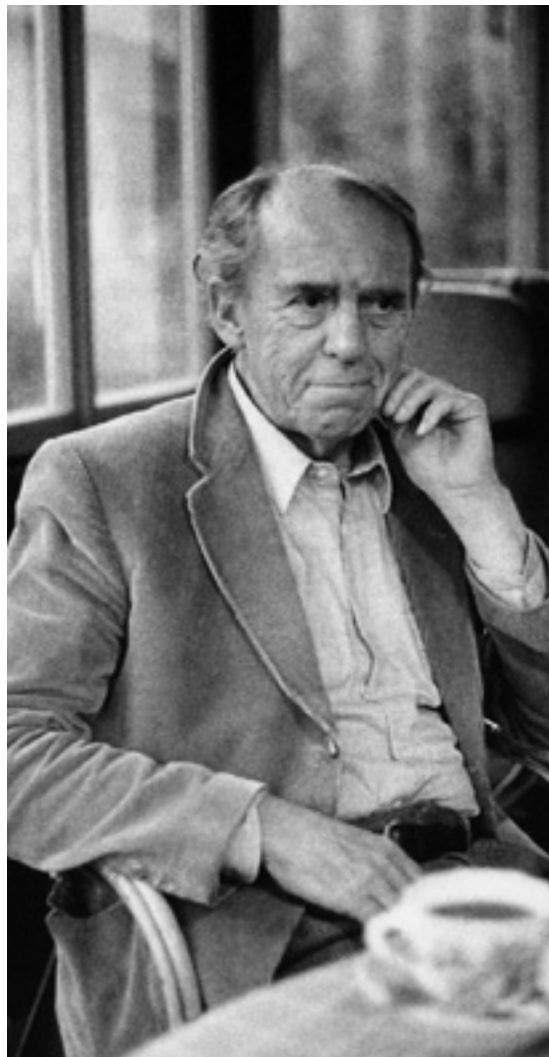
Die Springer Presse

Die innenpolitische Situation der Bundesrepublik war in den siebziger Jahren von der Auseinandersetzung um den politischen Terrorismus bestimmt. Bedingt durch die Radikalisierung der sich um Andreas Baader und Ulrike Meinhof gruppierenden Roten Armee Fraktion (RAF), reagierte der Staat mit verschärften Gesetzen wie etwa dem Radikalenerlass zur Überprüfung der politischen Gesinnung von Angehörigen des Staatsdienstes.

Kurz vor Weihnachten 1971 brachte die Bild-Zeitung auf der Titelseite die Schlagzeile: «Baader-Meinhof-Bande mordet weiter». Ein Polizist war bei einem Banküberfall von un-

cher Zeitgenosse

bekanntesten Tätern ermordet worden. «Bild» stellte den Vorfall dar, als sei die Baader-Meinhof-Gruppe bereits vor Gericht gestellt und schuldig gesprochen worden, obwohl die Polizei in Wirklichkeit keinerlei Anhaltspunkte dafür hatte, sie mit dem Verbrechen überhaupt in Verbindung zu bringen. Der Presserat verurteilte die Zeitung später wegen verantwortungsloser Berichterstattung. Böll allerdings wartete das nicht ab. Er schrieb einen wütenden Artikel für den «Spiegel», der am 10. Januar 1972 unter dem Titel «Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?» erschien. Darin beschrieb er die absurde und hoffnungslose Situation der Gruppe, führte einige der Gründe an, die zu ihrer Kriegserklärung an die westdeutsche Gesellschaft geführt hatten. Sein Artikel sollte ein Aufruf zur Besonnenheit sein, um den Terroristen Gelegenheit zu geben, ihre Haltung zu überdenken. Tatsächlich bewirkte er das genaue Gegenteil. Eine Treibjagd setzte ein, aber nicht auf einen Brandstifter oder Bombenleger, sondern auf den Schriftsteller Heinrich Böll,



Wie kaum ein anderer verkörperte Heinrich Böll den Typus des gesellschaftlich engagierten kritischen Intellektuellen.

der es gewagt hatte, öffentlich vor den gefährlichen Folgen der demagogischen Berichterstattung und Panikmache der Springer-Presse zu warnen. Im Dezember 1972 wurde Böll der Nobelpreis für Literatur verliehen.

Engagement für den Frieden und die Umwelt

Bölls Hauptanliegen in den letzten Lebensjahren war das Engagement für die Friedensbewegung und die Umweltsachen. Die Friedensbewegung war entstanden, nachdem die Aussen- und Verteidigungsminister der NATO-Staaten im Dezember 1979 in Brüssel den sogenannten Doppelbeschluss gefasst hatten. Dieser bestand darin, neue Atomwaffen zu stationieren und gleichzeitig mit der Sowjetunion über den Abzug der Waffen zu verhandeln. Bölls Interesse kam nicht überraschend. Er hatte unaufhörlich gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands in den fünfziger Jahren protestiert. Ein wesentliches Ziel seiner schriftstellerischen Arbeit hatte der Verurteilung von Krieg und Waffen gegolten. Er war überzeugt, dass die neuen Waffen die Sicherheit verringern würden statt sie zu erhöhen. Zusammen mit Erhard Eppler, Heinrich Alberts, Petra Kelly hielt er am 10. Oktober 1981 in Bonn vor 300 000 Menschen seine Rede gegen die atomare Bedrohung. Nachdem er die letzten Fahnenkorrekturen zum Roman «Frauen vor Flusslandschaft», eine «Innenansicht der Machtstrukturen, abgeschlossen hatte, ist er am 16. Juli 1985 in seinem Heim in Langenbroich gestorben».

Presse – Polizei – Regierung

Für Böll wurde die Auseinandersetzung mit den Organen des Springer-Konzerns – eng verflochten mit der Frage nach der Würde der Menschen – zu einem zentralen Thema, das ihn bis zu seinem Lebensende beschäftigte.

In Deutschland war die Medienlandschaft beherrscht durch den Springer-Konzern. Axel Springer besass den grössten Verlagskonzern Europas. Sein Sensationsblatt, die «Bild-Zeitung», hatte eine Auflage von 3,75 Millionen und etwa doppelt so viele Leser. 1967 wurde eine Kommission gebildet, die das Problem der Pressekonzentration untersuchen sollte. Sie empfahl Restriktionen – Springer boykottierte sie. Im Oktober desselben Jahres gaben 106 Mitglieder der Gruppe 47, unter ihnen Böll, ihre Absicht bekannt, sämtliche Springer-Zeitungen zu boykottieren, aus Protest gegen die Pressekonzentration, die die Informationsfreiheit gefährde.



Heinrich Böll an einer Pressekonferenz mit Günter Wallraff nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns

Böll wies immer wieder darauf hin, dass ein prominenter Schriftsteller wie er ja Möglichkeiten habe, sich gegen skrupellose Zeitungsberichte zu wehren, andere Opfer hingegen hätten solche Mittel nicht. Eine Zeitlang beauftragte er einen Mitarbeiter, die Boulevardblätter auf Beispiele derartiger Verleumdungen durchzusehen, was unter anderem zu «Katharina Blum» führte.

Zwischen Juni 1972 und November 1977 erlebte Böll oder seine Familie viermal, dass die Polizei das Haus nach Waffen oder versteckten Kriminellen durchsuchte. Bei einer dieser Gelegenheiten im Februar 1974 erschien die Nachricht von der Durchsuchung des Hauses seines Sohnes in Springers «BZ» in Westberlin, bevor sie überhaupt stattgefunden hatte. Die Polizei hatte der Springer-Presse zum voraus die Informationen geliefert.

Nach den Wahlen im März 1983 kam es zu einem Ereignis, das Böll fast in Resignation oder Apathie verfallen liess. Der Chefredakteur der «Bild-Zeitung», Peter Boenisch, wurde zum Regierungssprecher der neuen Koalition aus CDU/CSU und FDP gewählt. Ein Mensch war zum Regierungssprecher ernannt worden, der in den Kampagnen der siebziger Jahre mit seinen «Bild»-Kolumnen gegen Böll und seine Familie Stimmung gemacht hatte. Die Beschäftigung mit Peter Boenisch führte Böll dazu, ein Buch-Projekt zu beginnen, mit dem er die Funktion Boenischs im Medienbetrieb aufklären wollte. Er studierte sämtliche «Bild»-Kolumnen Boenischs, wählte die markantesten davon aus und stellte ihnen eigene Kommentare gegenüber. «Bild, Bonn, Boenisch» erschien kurz vor seinem Tode und wurde zu Bölls eigener Überraschung ein Bestseller.

AGENDA: Wohin frau/man geht...

Oberwalliser Kellertheater

www.kellertheater.ch

Sonntag, 25. April, 17.00 Uhr
Dödö und der Zauberwald
Kindertheater

Freitag, 7. Mai, 20.30 Uhr
Breather
Hank Shizzoe and the Directors

Freitag, 21. Mai, 20.30 Uhr
I'll Dry Your Tears Little Murderer
Anna Aaron

Freitag, 28. Mai, 20.00 Uhr
Pocket Brass Band
Ray Anderson

Freitag, 11. Juni, 20.30 Uhr
...NA UND?
Rolf Schmid

Zeughauskultur

www.zeughauskultur.ch

Samstag, 24. April, 20.00 Uhr
Die Welt tanzt an
Steps Tanzfestival:

Donnerstag, 6. Mai, 20.00 Uhr
Abusitz: Live Radio Zeughaus

Donnerstag, 20. Mai, 20.00 Uhr
Abusitz: Daniel Blatter + Musik

Donnerstag, 27. Mai, 20.00 Uhr
Abusitz: The Mighty Horns, Musik

Kino Astoria, Visp «Der besondere Film»

www.kino-astoria.ch

Montag, 26. April, 20.30 Uhr
Nord

Montag, 3. Mai, 20.30 Uhr
Lourdes

Montag, 10. Mai, 20.30 Uhr
A Serious Man

Montag, 17. Mai, 20.30 Uhr
Bödälä – Dance the Rhythm

Montag, 24. Mai, 20.30 Uhr
A Single Man

Montag, 31. Mai, 20.30 Uhr
Eyes Wide Open

Oberwalliser 1. Mai-Feier

Samstag, 1. Mai ab 13.00 Uhr

**Oberwalliser
1. Mai-Feier 2010
auf dem Sebastiansplatz
in Brig**

- 1. Mai-Ansprachen
- Musikalische Unterhaltung mit «DB die Band»
- Grilladen und Getränke

ab 20.00 Uhr im Zeughaus Glis

**Lesung
von Jean-Pierre D'Alpaos**

- Konzerte mit WE, Beschoiert, Toxic Trolls und Roots Raydee

Wandern mit der Alpen-Initiative

www.alpeninitiative.ch/d/Wanderungen.asp

Freitag 14. Mai bis Sonntag 16. Mai
**Drei sagenhafte Tage im Binntal
(Frühling)**

Samstag 5. Juni und Sonntag 6. Juni
Soubey–St. Ursanne–Courgenay

Samstag 19. Juni bis Samstag 26. Juni
Über die Zinnen des Apennin

Samstag 3. Juli bis Samstag 10. Juli
Rund ums Valle Maira

Samstag 10. Juli bis Samstag 17. Juli
Grenzschrängeln vom Saas- ins Binntal

Freitag 30. Juli bis Sonntag 1. August
**Familienwanderung – Landschaftspark
Binntal**

Samstag 24. Juli bis Samstag 31. Juli
In die Einsamkeit der Lanzo-Täler

Samstag 14. und Sonntag 15. August
Ritomsee–Passo del Sol–Lukmanier

Samstag 11. bis Samstag 18. September
**20 Jahre danach – Grosser St. Bernhard
– Mont Cenis**

Donnerstag 23. September bis
Sonntag 26. September
**Die Wanderung in gelben Lärchen
Binntal–Devero–Alpe Veglia**

Sonntag 26. September bis
Samstag 2. Oktober
**Côte d'Azur – Wandern am Fusse der
Alpen**

Freitag, 15. bis Sonntag, 17. Oktober
Drei sagenhafte Tage im Binntal (Herbst)

Umwält-Agenda

www.umwelt-oberwallis.ch

Samstag, 1. Mai und Sonntag 2. Mai, 9.00 Uhr
Reptilien, Naturpark Pfyng-Finges

Sonntag, 2. Mai, 7.15 Uhr, Dorfplatz Ernen
Morgenkonzert der gefiederten Sänger

Samstag, 8. Mai, 8.45 Uhr
Naturpark Pfyng-Finges
**Flussregenpfeifer und Flussuferläufer an
der Rhone**

Samstag, 15. Mai, 10.00 Uhr
Dorfplatz Grengiols
Die einmaligen Tulpen von Grengiols

Samstag, 15. Mai, 14.00 Uhr
Botanik, Naturpark Pfyng-Finges

Montag, 24. Mai, Naturpark Pfyng-Finges
Internationaler Tag der Pärke

Freitag, 28. Mai, 21.00 Uhr
Nachtschwalben im Pfyng

Samstag, 29. Mai, 7.30 Uhr, Post Zeneggen
Vögel rund um Zeneggen

Samstag, 29. und Sonntag, 30. Mai
Wölfe, Schafe und Wildtulpen im Binntal

Samstag, 5. Juni 12.16 Uhr
Bushaltestelle Erschmatt
**Biodiversität der Wildpflanzen: Ackerbe-
gleitflora im Sortengarten Erschmatt**

Samstag, 12. Juni, 10.00 Uhr
Neubrücke, Posthaltestelle
**Pro Natura Förderprogramm des Leinkraut-
scheckenfalters im Vorderen Vispental**

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

57

Staat und Krise

Finanzmarktkrise, Staatsinterventionismus,
Green New Deal; Staaten in Afrika;
Geschlechtergerechtigkeit; Staatsleitbilder und
marktliberaler Diskurs; Finanz- und Steuerpolitik;
Kritische Arbeitssoziologie; Post-Neoliberalismus;
Deglobalisierung – Strategie von unten;
Arbeitnehmer/innenrechte in Europa

E. Altwater, H. Melber, B. Sauer, H.-J. Bieling,
D. Lampart, W. Vontobel, J. Wissel, K. Dörre,
U. Brand, H. Schächli, P. Rechsteiner

Diskussion

M. Vester: Wirtschaftlicher Pfadwechsel
P. Oehke: Soziale Demokratie und Verfassungspolitik
C. v. Werlhof: Post-patriarchale Zivilisation
W. Völker: André Gorz' radikales Vermächtnis

208 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich
Tel./Fax 044 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

DICKE EIER:

Fall Franziskus Escher: Merkwürdige Informationspolitik

Als die RA im Juni 2009 publik machte, dass gegen den Chef der Walliser Gendarmerie Franziskus Escher ein Strafverfahren wegen sexueller Handlungen mit einem Kind liefen, blieb es in den Medien merkwürdig still. Erst zwei Monate später, als Staatsanwalt Ferdinand Schaller das Verfahren einstellen wollte, berichtete zuerst der Blick und dann der WB darüber. Im WB jubelte Eschers Anwalt Roland Fux, dass Staatsanwalt Schaller die Einstellung des Verfahrens beantragt habe und «*die Rechtsvertreterin des Mädchens sich mit Datum vom 25. August dem Antrag des Staatsanwaltes angeschlossen*» habe. Anfang April 2010 widersprach Katja Schwery, die Anwältin des Opfers, dieser Darstellung. Im WB erklärte sie, dass sie die «*baldige Beendigung des Verfahrens*» verlangt habe, «*sei es durch Einstellung des Verfahrens oder durch Urteil*». Sie habe im Interesse des minderjährigen Mädchens bisher geschwiegen und habe «*nie Zweifel an dem von meiner Mandantin geschilderten Sachverhalt*» gehabt. Gerade diesen Zweifel hat sie aber mit ihrem monatelangen Schweigen in der Bevölkerung genährt. Es bleibt ein Rätsel, wieso

Schwery solange geschwiegen hat und wieso sie sich erst nach der Verurteilung Eschers zu Wort meldete.

Hoffnungstalent Thomas Gsponer: Rückkehr der fähigen Köpfe!

Vor vier Jahren trat das gelbe Hoffnungstalent Thomas Gsponer als Direktor der Walliser Handelskammer zurück und ging ins Exil nach Bern, wo er seither als Direktor des Interessenverbandes Viscom waltet. Mit der IG 2015 versucht er nun offenbar wieder im Walliser Fuss zu fassen. An der ersten Veranstaltung im vergangenen März beklagte Gsponer das niedrige Ausbildungsniveau im Oberwallis, welches «*ganz klar unter dem Schweizer Durchschnitt*» liege. Böse Zungen würden sagen: Kein Wunder, wenn Gsponer nicht mehr hier arbeitet! Doch die IG 2015 hat sich jetzt zum Ziel gesetzt, fähige Oberwalliser Köpfe in die Heimat zurückzulocken. Ob Gsponer zu jenen gehört, die seinen Lockrufen folgen, war leider nicht zu vernehmen. Vielleicht wird ein subventionierter Posten in Sitten frei. Zu grosser Hoffnung Anlass gaben auch die anderen Redner des Abends, beispielsweise Roger Michlig, Geschäftsführer des

Regionalen Wirtschaftsraumes und verfloßener CVPO-Präsident, Grossratspräsident Gilbert Loretan, Präfekt Josef Bumann und Nationalrätin Viola Amherd.

Fall Toni Ritz: Wann lernt der WB korrekt zitieren und abschreiben?

Eine Woche nach Erscheinen der RA hatte auch der WB Wind von der Strafuntersuchung gegen Toni Ritz, den Teilprojektleiter Passepartout, bekommen und titelte: «*Strafanzeige läuft*». Dabei übernahm der WB die Resultate der RA-Recherche, was sehr erfreulich ist. Leider ging dabei die übliche Quellenangabe vergessen, weil die Mengis-Druckermaschinen die beiden Worte «*Rote Anneliese*» partout nicht schlucken wollen. Vergessen ging im WB-Bericht ebenfalls der Name von Toni Ritz, so dass es zu peinlichen Verwechslungen kam. In der folgenden Ausgabe musste der WB dann die «*Präzisierung*» abdrucken, dass es sich bei der angezeigten Person nicht um René Salzmann handelt. Es stellt sich hier einmal mehr die Frage: Wenn WB-Verleger Ferdinand Mengis schon kein Geld für eigene Recherchen zur Verfügung stellt, wann lernt der WB endlich korrekt zitieren und abschreiben?

Für ein kritisches Oberwallis. Ein Abo der Roten Anneliese.

- Ich bestelle ein RA-Abo für 30 Franken bis Ende Jahr.
- Ich verschenke ein RA-Abo für 30 Franken bis Ende Jahr.
- Ich bestelle ein Jugendabo für 15 Franken bis Ende Jahr.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort



Talon bitte Ausschneiden und senden an:
Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig oder per E-Mail: rote.anneliese@rhone.ch

ZI-TÄTER:

«Ich bin mit Killerspielen vertraut.»
CSPO-Ständerat René Imoberdorf

Rote Anneliese: Das ist doch der beste Beweis, dass Killerspiele weder zum Töten anregen noch irgendwie aggressiv machen. Im Gegenteil: Sie schläfern ein!

«Auch ohne den päpstlichen Segen zeigt das Gelübde erste Wirkung. Die Kälteperiode der letzten Wochen ist sicher darauf zurückzuführen.»

Katholik Herbert Volken

Rote Anneliese: Falls es im Sommer aber eine Hitzewelle gibt, dann ist einmal mehr der Papst der Sündenbock.

«Die Bergheuer-Zeit ist schon lange vorbei, auch wenn es romantisch und schön ist. Der ganze Alternativtourismus hat im Kampf gegen die Abwanderung nichts bewegt.»

Hans Hallenbarter, Gommer Vizepräfekt

Rote Anneliese: Auch der ausufernde Zweitwohnungsbau brachte da keinen Erfolg.

RA im Internet: www.roteanneliese.ch

Ferienresidenz «Alpine Rose Valley»: Konkursverfahren noch vor Baubeginn

Wer nicht hören will, muss fühlen!

GRAFSCHAFT – Gegen die Aktiengesellschaft «AuthentHome», welche die Ferienresidenz «Alpine Rose Valley» in der Selkinger Matte bauen wollte, wurde der Konkurs eröffnet. Die RA hat bereits vor vier Jahren vor dem deutschen Promotor Wolf Tilman Ihm gewarnt. Aber niemand wollte hören.

VON KURT MARTI

Vor vier Jahren hat die RA vor dem deutschen Promotor Wolf Tilman Ihm eindringlich gewarnt. Mit grossem Schwung plante dieser auf der Selkinger Matte eine Ferienresidenz für «Gutbetuchte». Die Gommer Gemeinden und fast alle LandeigentümerInnen waren Feuer und Flamme ob der Redekunst des Deutschen. Nur vereinzelte EigentümerInnen misstrauten dem Promotor und wollten von einem Verkauf nichts wissen. Um sie zu überzeugen, spannte Wolf Tilman Ihm sogar den Pfarrer der Grafschaft ein, welcher selbst am Muttertag nicht vor zweckdienlichen Telefonaten zurückschreckte.

Deutscher Promotor wurde zum VR-Präsident erkoren

Recherchen der RA zeigten damals, dass der Promotor bereits zwei Konkurse auf dem Buckel hatte, welche er anlässlich eines Gesprächs tunlichst verschwieg. Nichtsdestotrotz sprangen in der Folge diverse Gommer Unternehmer auf sein Boot und gründeten mit einem Aktienkapital von einer halben Million Franken die «AuthentHomes AG». Zum VR-Präsident wurde Wolf Tilman Ihm erkoren. Ebenfalls im Verwaltungsrat nahmen die Gommer Unternehmer Hans U. Weger, Ulrich Weger und Kurt Lager Einsitz. Als Partner werden auf der prächtigen Internet-Seite der AuthentHo-



Selkinger Matte mit Blick gegen die Furka: Der Ferientraum «Alpine Rose Valley» landete vorerst auf dem harten Boden der Realität.

me folgende Firmen genannt: Gombau AG, Holzbau Weger AG, Elektro Bacher & Schmid AG, Metallbau Imhof AG, Heizungsanlagen Briw AG, Sanitär Lauber, Malerei & Gipserei Kurt Lager, Haustechnik Halenbarter AG, Bauingenieur Anton Imhof, Keller & Hirschi AG, Raumplanung & Umwelt Aufderreggen, Julen & Zenzünen AG, Anwaltsbüro Borter, Arnold und Ruppen, sowie weitere Firmen in Zug, Genf, Zürich und Belgien.

Auch die Presse huldigte dem «Einfallsreichtum»

Zu erwähnen ist ebenfalls der *Walliser Bote*, welcher für die Tanz-Musik verantwortlich war, sowie der Walliser NZZ-Korrespondent, welcher noch im letzten Sommer von der Gommer Selbsthilfe und dem «*erstaunlichen Einfallsreichtum*» schwärmte. Nun ist also der Traum vorerst auf dem harten Boden der Realität gelandet. Wie dem

Handelsregister zu entnehmen ist, musste Wolf Tilman Ihm am 1. März 2010 als VR-Präsident den Hut nehmen und am folgenden Tag eröffnete der Bezirksrichter von Brig den Konkurs. Wie hoch der Schuldenberg ist, wollten die restlichen Verwaltungsräte verständlicherweise nicht preisgeben. Ob und in welcher Form das Projekt weitergezogen wird, war ebenfalls nicht in Erfahrung zu bringen.

DER HEITERE SCHLUSSPUNKT:



**ROTE
ANNELIESE**

AZB 3900 Brig • NR. 212 / April 2010

Bitte Adressänderungen melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis